

# Argumente

## Thema: Integrationspolitik



Informationen aus dem Kurt-Schumacher-Haus

September 2010

# Integration: Klare Regeln, gute Bildung, echte Teilhabe

## Berliner SPD setzt sich für eine Kultur der Anerkennung ein

### ● INTEGRATION: KERNANLIEGEN DER SOZIALDEMOKRATIE

Integration ist ein Kernanliegen der SPD. Seit ihrer Gründung leitet sie aus ihren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität den Anspruch ab, Menschen vor sozialer, kultureller und ethnischer Benachteiligung oder Ausgrenzung zu schützen. In den vergangenen Jahren hat die Berliner SPD deshalb ihre Integrationspolitik beständig weiterentwickelt und mit Beschlüssen und konkreten Maßnahmen dafür gesorgt, dass in der Bildungspolitik, der Wirtschafts- und Stadtentwicklungspolitik die Grundlagen für eine soziale Integration verbessert wurden. Dennoch stellen sich immer wieder neue Aufgaben und Probleme. Auf ihrer Ideenkonferenz im Frühjahr 2010 hat die Berliner SPD u.a. den Dialog mit Initiativen und Projekten gesucht und eine auch selbstkritische Bestandsaufnahme vorgenommen. Klar ist: Integration ist eine dauerhafte Aufgabe.

### ● DIE PROBLEME OFFEN BENENNEN

Moderne Integrationspolitik ist für die SPD weit mehr als Minderheitenschutz und der Appell zur Toleranz. Mit dem Begriff Integration muss vielmehr die umfassende soziale, politische, wirtschaftliche und kulturelle Teilhabe verbunden werden, die für alle Menschen gleichermaßen gilt – ob mit oder ohne Migrationshintergrund.

Das setzt die Anerkennung von Menschen und ihren Fähigkeiten voraus. Mit diesem Menschenbild unterscheidet sich die SPD deutlich von allen, die mit Unterschriftensammlungen Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausspie-

len wollten oder die Menschen vor allem nach ihrer ökonomischen Verwertbarkeit beurteilen.

Der SPD geht es um soziale Integration und Aufstieg in einer Einwanderungsgesellschaft. Das braucht den Willen zur Integration von allen Seiten. Millionenfach gelungene Integration in Berlin und Deutschland zeigt, dass es ihn gibt. Sie zeigt auch, dass es vieler unterschiedlicher Projekte und Maßnahmen bedarf, um Integration zu einem persönlichen Erfolgserlebnis werden zu lassen. Richtig ist auch: Berlin schöpft Kraft aus Zuwanderung und Vielfalt. Berlin will und kann auf die Kompetenzen von Migrantinnen und Migranten nicht verzichten. Migration ist eine wichtige Ressource für Berlin. Sie macht die Stadt bunt und anziehend.

### Von der Anwerbung zur Integration

Die deutsche Wirtschaft hatte ab Mitte der fünfziger Jahre des 20. Jahrhunderts ihren kurzfristigen Bedarf an Arbeitskräften decken wollen. Das im Oktober 1961 mit der Türkei geschlossene Anwerbeabkommen - zuvor hatte es ähnliche Abkommen bereits mit Italien, Spanien und Griechenland gegeben - sah eine Höchstaufenthaltsdauer von zwei Jahren vor.

Vor allem über die Arbeit erfolgte eine Integration und viele Arbeitsimmigranten blieben. In den siebziger Jahren wurden zunehmend Probleme und Schwierigkeiten Jugendlicher offener angesprochen, unklare Rückkehrpläne der Eltern und schulische Schwierigkeiten ließen einen nicht geringen Teil von ihnen zwi-

#### HERAUSGEBER:

SPD BERLIN,  
RÜDIGER SCHOLZ,  
MÜLLERSTR. 163,  
13353 BERLIN

#### REDAKTION:

ULRICH HORB

DRUCK: SPD BERLIN

TELEFON: 4692 222

#### MAIL:

SPD@SPD-BERLIN.DE

#### INTERNET:

WWW.SPD-BERLIN.DE

schen zwei Kulturen aufwachsen. Aus den Sanierungsvierteln von Großstädten wurden soziale Brennpunkte, in denen Lehrer in Schulklassen oft deutlich mehr als die Hälfte der Kinder aus nichtdeutschen Familien zu unterrichten hatten und in denen auch die Kinder aus deutschen Familien über kaum mehr Sprachkompetenz verfügten. Dass Integration in der zweiten und dritten Generationen ein Selbstläufer werden würde, erwies sich als Irrtum. Und die Konzentration auf bestimmte Stadtviertel mit billigem Wohnraum entthob vor allem nachziehende Familienangehörige vom Druck, die deutsche Sprache lernen zu müssen. Mit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit versagte der Arbeitsplatz als Ort der Integration.

### ● KONSERVATIVE WIRKLICHKEITSVERWEIGERUNG IM EINWANDERUNGSLAND DEUTSCHLAND

In der Bundesrepublik Deutschland war Integration lange Jahre kein Ziel der Politik, die konservative Wirklichkeitsverweigerung führte dazu, dass Deutschland nicht als Einwanderungsland begriffen wurde, das es faktisch längst war. Die Regierung Kohl setzte sich 1982 für eine Ausländerpolitik ein, die sowohl Integration als auch Rückführung ermöglichen sollte. Erst die rot-grüne Bundesregierung hat die Weichen neu gestellt. Kernstück war 1998 ein reformiertes Staatsbürgerschaftsrecht mit dem Ziel, Einbürgerungen von in Deutschland lebenden Ausländern zu erleichtern und damit die Integration von rund 7,4 Millionen Menschen voranzubringen.

### ● VON DER „AUSLÄNDERPOLITIK“ ZUR AG MIGRATION

Die Berliner SPD hat Entwicklungen früh erkannt und sich immer wieder für Lösungen und einen Ausgleich von Interessen eingesetzt. 1980 fanden zwei Parteitage zum Thema „Zusammenleben mit ausländischen Mitbürgern“ statt, Ende der achtziger Jahre wurden die Perspektiven von Jugendlichen türkischer Herkunft auf einem Landesparteitag diskutiert, 1989 setzte sich die SPD für ein kommunales Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten ein, um mehr Teilhabe zu ermöglichen. Im August 1997 wurde vom Landesparteitag der Berliner SPD die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft Migration beschlossen. In ihr sammelten sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die sich für und mit den hier lebenden Migrantinnen und Migranten engagieren.

### Klare Anforderungen

Im Landesparteitagsbeschluss zur Sozialen Stadt vom 1. April 2006 wurden wichtige Maßnahmen zur Integration beschrieben, aber auch die Anforderungen an die Einwanderinnen und Einwanderer deutlich gemacht. Einwandernde, die dauerhaft in Deutschland leben wollen, so heißt es darin, müssen zur Integration bereit

sein. „Dies beinhaltet das Bekenntnis zum Grundgesetz und zu den Menschenrechten, da sie die Basis für das friedliche Zusammenleben und die gemeinsame Gestaltung einer multikulturellen und -ethnischen Gesellschaft darstellen. Das Beherrschen der deutschen Sprache ist für die Zukunftssicherung der Einwandernden und ihrer Kinder in unserem Land unverzichtbar. Es ist Voraussetzung für individuelle Entfaltungsmöglichkeiten und Chancengleichheit.“

### Berliner Integrationskonzept

2005 hat der rot-rote Senat unter dem Motto „Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken“ das erste Berliner Integrationskonzept vorgelegt. Es beschreibt strategische Leitlinien für eine ganzheitliche Integrationspolitik, Aufgaben und Lösungswege. 2007 wurde es erweitert, 2009 legte der Senat einen Umsetzungsbericht vor, der die Wirksamkeit der Maßnahmen überprüfte.

Zu den Handlungsfeldern, die im Integrationskonzept beschrieben werden, gehört es, Zugang zu Ausbildung, Arbeit und Erwerb für alle Berliner zu schaffen, den Zusammenhalt der Bürger im Stadtraum, in Bezirken und Quartieren zu stärken und eine Zivilgesellschaft zu fördern, die gegen Diskriminierung arbeitet.

### Bildung - für alle!

Bildung ist ein wesentlicher Schlüssel zur Integration - unabhängig von der Frage eines Migrationshintergrunds. Deshalb sorgt die Berliner SPD mit der gebührenfreien Kita dafür, dass mehr Kinder aus sozial schwachen Familien an frühkindlicher Bildung teilnehmen und damit auch ein frühzeitiger Erwerb der deutschen Sprache erfolgt. Berlin investiert in kleinere Gruppengrößen und die Qualität der Erziehung. Systematische Sprachstandsmessungen sollen den Erfolg kontrollieren.

Die Hauptschule hat sich in der Vergangenheit für viele Jugendliche aus sozial schwächeren Familien als Sackgasse erwiesen. Mit der Einführung der Sekundarschulen und dem massiven Ausbau der Ganztagsbetreuung werden die Bildungschancen deutlich verbessert. „Die Schulen werden sich von Orten der Lernstoffvermittlung zu Integrationszentren wandeln müssen, vernetzt im Sozialraum und mit einer klaren Ausrichtung auf einen schülerzentrierten Unterricht“, heißt es 2009 im Umsetzungsbericht zum Integrationskonzept.

Auch die Einführung des Ethikunterrichts an den Oberschulen zielte auf bessere Integration.

### ● BEREITSCHAFT ZUR INTEGRATION EINGEFORDERT

Jugendliche sollen im Gespräch miteinander über Religionszugehörigkeiten hinweg gemeinsam verbindende Werte erfahren.

## Soziale Stadt

Die Programme der Sozialen Stadt stärken den Zusammenhalt in den Innenstadtbezirken, der Bund ist hier gefordert, auch künftig seinen Beitrag zur Finanzierung zu leisten, damit die soziale Integration - unabhängig von ethnischen Zugehörigkeiten - gelingen kann. Die aktuellen Beschlüsse weisen in die entgegengesetzte Richtung. Der öffentliche Dienst hat Schritt für Schritt Berufsperspektiven für Zuwanderer geschaffen. So ist ihr Anteil bei Neueinstellungen im Polizeidienst in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Auch die Berliner Betriebe mit Landesbeteiligung werben verstärkt um jugendliche Auszubildende mit Migrationshintergrund. Zugleich werden die Anstrengungen verstärkt, die in den neunziger Jahren auf Grund des Strukturwandels in der Berliner Wirtschaft arbeitslos gewordenen Migrantinnen und Migranten wieder in den Arbeitsmarkt einzugliedern.

## Klare Regeln

Zur Integration gehören klare Regeln. Eltern müssen ihrer fürsorglichen Pflicht und Verantwortung gerecht werden. Sind sie dazu nicht in der Lage, muss der Staat auch im Interesse der Kinder eingreifen. Deshalb wird etwa über eine Heimbetreuung für straffällig gewordene Kinder diskutiert. Im Kampf gegen die Jugendkriminalität gehört Berlin zu den Vorreitern. So kümmert sich eine Abteilung der Berliner Staatsanwaltschaft mit Erfolg speziell um jugendliche Serientäter. Seit drei Jahren sinkt deren Zahl. Zudem wurden - auf Grundlage des „Neuköllner Modells“ der verstorbenen Jugendrichterin Kirsten Heisig - beschleunigte Verfahren für jugendliche Täter entwickelt, die keine hohen Strafen zu erwarten haben, die aber die Konsequenzen ihrer Tat möglichst schnell spüren sollen, um nicht erneut straffällig zu werden. Deshalb finden Gerichtsverhandlungen in Berlin bereits innerhalb von drei Wochen nach der Tat statt. Möglich wird dies durch eine intensive Kooperation von Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten.

Berlinerinnen und Berliner jeder Herkunft müssen sich in ihrer Stadt sicher fühlen können. Projekte wie „Stark ohne Gewalt“ leisten dazu vor Ort einen Beitrag, indem sie Freizeitangebote schaffen und zum Beispiel durch Begegnungen zwischen Jugendlichen, BVG-Beschäftigten und Polizisten Vertrauen aufbauen.

Berliner Integrationspolitik hat die Menschenrechte für alle Berlinerinnen und Berliner als Grundlage. Deshalb werden die Bekämpfung von Diskriminierungen, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus ernst genommen. An Schulen und in der Jugendarbeit werden präventive Maßnahmen und die Erziehung zur Demokratie gefördert. Die Respekt-Kampagnen werden unterstützt.

## Zukunftswerkstatt der SPD

Die SPD geht um die Schaffung einer Kultur der Anerkennung. Mit der von Klaus Wowereit und Kenan Kolat geleiteten Zukunftswerkstatt Integration der Bundes-SPD will die SPD den Diskussionsprozess über eine moderne Gesellschaftspolitik für ein aufgeschlossenes, weltoffenes und tolerantes Deutschland weiterhin aktiv forcieren. Erklärte Aufgabe der Zukunftswerkstatt „Integration“ ist es daher zum einen, das gesellschaftliche Klima nachhaltig zu beeinflussen, Diskussionsprozesse anzuregen und nach Möglichkeit ein alle politische Ebenen übergreifendes Konzept von Integrationspolitik zu entwickeln. Zum anderen werden Vorschläge entwickelt und umgesetzt, um „Integration“ auch in der Arbeit der SPD Realität werden zu lassen. Unterstützt werden sollen die Integrationsbemühungen vor Ort, in den Kommunen.

Die Ideenkonferenz „Integration und Teilhabe“ der Berliner SPD Ende März 2010 war ein Ort, an dem Vertreterinnen und Vertreter von Projekten, Vereinen, Wirtschaft und Wissenschaft gemeinsam über Verbesserungen in der Integrationsarbeit diskutiert haben. Die Vernetzung und Information über die bestehenden Angebote ist dort begrüßt worden. Erfolgreiche Projekte wie die „Stadtteilmütter“ in Neukölln, die mit ihren eigenen Erfahrungen als Migrantinnen in Familien beratend wirken können, werden ausgebaut. Eine hervorragende Integrationsarbeit leisten auch die Berliner Sportvereine.

## Willkommenskultur schaffen

In den vergangenen Jahren kamen jährlich rund 45.000 Zuwanderer aus dem Ausland nach Berlin, unter ihnen immer mehr Hochqualifizierte. Die internationale Anziehungskraft der Stadt ist groß, die Stärke der Kreativwirtschaft in Berlin ist auch darauf zurückzuführen, dass Berlin eine vielfältige, weltoffene und tolerante Stadt ist. Dies ist für die künftige Entwicklung der Stadt von entscheidender Bedeutung. Mit einer Willkommenskultur kann es Berlin gelingen, die wirtschaftlichen Perspektiven der Stadt nachhaltig zu verbessern.

### ● MICHAEL MÜLLER, SPD-LANDES- PARTEITAG AM 30. JUNI 2007:

„ZUWANDERUNG IST EINE BEREICHERUNG, IST EINE RIESENCHANCE FÜR DIE STADT. ABER ZUWANDERUNG MUSS AUCH GESTALTET WERDEN.“

### ● KLAUS WOWEREIT, REGIERENDER BÜRGERMEISTER, BERLINER ZEITUNG SEPTEMBER 2010:

„SOZIALDEMOKRATISCHE INTEGRATIONSPOLITIK HAT EINE GROSSE BANDBREITE: VON HEINZ BUSCHKOWSKY, DEM BEZIRKS-BÜRGERMEISTER VON NEUKÖLLN, BIS HIN ZU KENAN KOLAT, DEM BUNDESVORSITZENDEN DER TÜRKISCHEN GEMEINDE IN DEUTSCHLAND. DIE GEMEINSAME ÜBERZEUGUNG LAUTET: INTEGRATION MUSS SOZIALEN AUFSTIEG FÖRDERN. INTEGRATION BRAUCHT TEILHABE. INTEGRATION BEDEUTET KLARE REGELN UND GRENZEN. SIE IST EINE DAUERHAFT AUFGABE. SIE LÄSST SICH WEDER MIT IGNORANZ ODER DIFFAMIERUNG NOCH MIT EINEM ROMANTISCHEN ‚ALLES IST GUT‘-ANSATZ BEWÄLTIGEN.“

**2004** POLITISCHE MITWIRKUNG WIRD ÜBER DEN LANDESBEIRAT FÜR INTEGRATIONS- UND MIGRATIONSFRAGEN REALISIERT.

**2005** DAS ERSTE BERLINER INTEGRATIONSKONZEPT WIRD VORGELEGT.

**2006** AUS DEN ERFAHRUNGEN AN DER RÜTLI-SCHULE ENTSTEHT DAS KONZEPT DES „CAMPUS RÜTLI“

**2007** ERSTER BERLINER INTEGRATIONSGIPFEL. DAS INTEGRATIONSKONZEPT „VIELFALT FÖRDERN – ZUSAMMENHALT STÄRKEN“ WIRD WEITERENTWICKELT.

**2009** DER ERSTE UMSETZUNGSBERICHT FÜR DAS HANDLUNGSKONZEPT DER BERLINER INTEGRATIONSPOLITIK ERSCHEINT. DARIN WERDEN ERFOLGE, ABER AUCH NEUE HERAUSFORDERUNGEN BENANNT.

KLAUS WOWERIT ÜBERNIMMT ALS STELLVERTRETENDER VORSITZENDER DER SPD DIE ZUKUNFTSWERKSTATT INTEGRATION UND BESETZT DAS THEMA FÜR DIE BUNDESPARTEI.

**2010** DIE SCHULSTRUKTURREFORM WIRD UMGESETZT.

HEINZ BUSCHKOWSKY WIRD U.A. WEGEN SEINES ENGAGEMENTS FÜR DIE INTEGRATION MIT DEM GUSTAV-HEINEMANNPREIS DER SPD AUSGEZEICHNET.

## Gesagt...

**Aus dem Leitantrag Soziale Stadt, 1. April 2006:** „Berlin braucht eine aktive Integrationspolitik, der ein gesamtstädtisches Integrationskonzept zugrunde liegt. Sie muss interkulturellen Austausch und Dialog fördern, Vorurteile und Ängste überwinden, parallele Lebenswelten durchlässiger gestalten, das Entstehen sog. Parallelgesellschaften hingegen vermeiden. Zugleich darf die Anerkennung für Einwandernde nicht davon abhängen, dass zuvor alle Segregations-, Sozial- oder Kriminalitätsprobleme gelöst worden sind. Zwar müssen soziale Verwerfungen in den Kiezen und Stadtteilen benannt werden, jedoch nicht an sich, sondern als Voraussetzung, um ihnen wirksam zu begegnen. Wenn in den von Arbeitslosigkeit und Armut geprägten Quartieren der soziale Zusammenhalt, Vorbildfunktion und Solidarität schwinden, sind Jugendliche mit Migrationshintergrund besonders negativ betroffen. Heute bleiben 70 Prozent von ihnen beim

## ...getan

**Arbeitsplätze.** Im Öffentlichen Dienst werden intensiv Bewerber mit Migrationshintergrund angeworben. Die Zahl der Neueinstellungen von Beschäftigten mit Migrationshintergrund hat sich seit 2006 gerade im Polizeidienst mehr als verdoppelt.

**Ausbildung.** Ohne intensive Ausbildung gerade von Jugendlichen mit Migrationshintergrund droht bald ein dramatischer Fachkräftemangel. Unternehmen müssen die Chancen erkennen, die aus einer guten Ausbildung entstehen. Die Berufsschule wird weiter verbessert.

**Justiz.** Berlin gilt deutschlandweit als Vorreiter im Kampf gegen Jugendkriminalität. Damit Jugendliche die Konsequenzen einer Tat möglichst schnell spüren, muss die Strafe möglichst rasch erfolgen. Basierend auf dem „Neuköllner Modell“ der verstorbenen Jugendrichterin Kirsten Heisig wurden deshalb beschleunigte Verfahren für jugendliche Täter entwickelt, die keine zu hohen Strafen zu erwarten haben. Deshalb finden Gerichtsverhandlungen in Berlin bereits innerhalb von drei Wochen nach der Tat statt. Dies geht nur durch eine intensive Kooperation von Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten. Die Abteilung 47 der Berliner Staatsanwaltschaft kümmert sich intensiv um jugendliche Serientäter. Ihre Zahl sinkt ebenfalls seit drei Jahren.

**Kita.** Die gebührenfreie Kita hilft, mehr Kinder aus sozial schwachen Familien an frühkind-

Schulabgang ohne Abschluss oder erreichen nur den Hauptschulabschluss; lediglich 5 Prozent finden einen betrieblichen Ausbildungsplatz. Menschen, die keine Chance erhalten, sich ihre Wünsche durch ein legales Erwerbseinkommen zu erfüllen, fühlen sich subjektiv von der Gesellschaft ausgestoßen. Sie sind anfälliger für Versprechungen des kriminellen Milieus und für religiöse Fundamentalisten. Die Antwort sozialdemokratischer Integrationspolitik darauf lautet, dass wir den Erwerb der deutschen Sprache konsequent fördern und auch verlangen, Bildungsmöglichkeiten gerade in sozialen Brennpunkten verstärken, Teilhabe- und Aufstiegschancen sichtbar machen, uns den Familien als erstem und wichtigstem Ort der kindlichen Sozialisation zuwenden, entsprechende Förder- und Betreuungsangebote ausbauen und mit geschulten Integrationskräften Konflikten vorbeugen und interkulturellen Dialog unterstützen.“

licher Bildung teilhaben zu lassen. Berlin hat ein umfangreiches Angebot an Kitaplätzen. Zusätzliche Mittel sorgen für kleinere Gruppen und damit bessere Bedingungen für den Erwerb der deutschen Sprache.

**Schulstrukturreform.** Die Berliner Bildungsreform - mit der Abschaffung der Hauptschule als Kern - schafft Chancen gerade für diejenigen, die bisher stets zu den Verlierern zählten. Die Anstrengungen in der Bildungspolitik zeigen Wirkung: In den letzten vier Jahren ist die Zahl der Schulabbrecher jedes Jahr gesunken.

**Spracherwerb.** Das Erlernen der deutschen Sprache wird bereits in der Kita früh und breit gefördert. Mit 60 Millionen Euro erhalten über die Hälfte aller Berliner Schulen Mittel für die Sprachförderung.

**Wertevermittlung.** Mit dem Ethikunterricht an den Schulen gibt es in Berlin ein Unterrichtsfach, das die gemeinsame Diskussion von Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft und Religionszugehörigkeit über verbindende Werte und Grundfragen des Zusammenlebens ermöglicht.

**Zuwanderung.** Berlin steht im Wettbewerb um gut ausgebildete junge Leute, die mit ihrem Wissen und ihrer Fähigkeit für die Zukunft auch einen Teil der Attraktivität dieser Stadt ausmachen werden. Die Kreativität der Stadt wird durch Zuwanderung gestärkt.